Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure ins Haus gebracht: Ausgabe A nur morgens) vierteljährlich 3 M., monatlich 1 M., Ausgabe B (morgens und abends) vierteljährlich 4.50 M., monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen (1 mal täglich) innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährlich 3 M., monatlich 1 M. ausschl. Postbestellgeld, für Oesterreich-Ungarn vierteljährlich 5 K 45 h.

Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Die einzelne Nummer kostet 10 Pfg.

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8. Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1123.

Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1. Telephon I, Nr. 9275.

Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt

und

Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig u. Umgebung die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf., Reklamen 75 Pf.; von auswärts 30 Pf., Reklamen 1 M.; vom Ausland 50 Pf., finanz. Anzeigen 75 Pf., Reklamen 1.50 M.

Inserate v. Behörden im amtlichen Teil 40 Pf. Beilagegebühr 5 M. p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Tel. VI, 4603).

Nr. 122. Freitag 3. Mai 1907. 101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Der Kaiser wohnte gestern einer Gefechtsübung in Döberitz bei. (S. Dtschs. R.)

* Der Reichstag bewilligte die erste Rate für eine Erweiterung des Kaiser Wilhelm-Kanals, erledigte den Etat der Reichspostverwaltung und behandelte dann den Etat des Reichseisenbahnamts.

* Bei Besprechung einer Interpellation des Grafen Kanitz im preußischen Abgeordnetenhause lehnte Minister Delbrück das von den Konservativen empfohlene Kohlenausfuhrverbot entschieden ab. (S. Dtschs. R.)

* Die Wahlprüfungskommission des Reichstages beschloß, die Wahl des Abgeordneten Schwabach (natl.), Wahlkreis Memel-Heydekrug, zu beanstanden und Beweiserhebung über die Wahlproteste zu beantragen.

* Generalmajor v. Deimling ist gestern in Hamburg angekommen. (S. Dtschs. R.)

* Die von Anita Augspurg gegen ihre Verurteilung wegen Beleidigung der Hamburger Polizei eingelegte Revision ist vom Reichsgericht verworfen worden. (S. Gerichtssaal.)

* Wegen Beleidigung von Leipziger Aerzten wurde der Redakteur der „Leipziger Volkszeitung", Herre, vom Schöffengericht zu 300 M Geldstrafe verurteilt. (S. GerichtsS.)

* Der Muttermörder Wippert ist vom Schwurgericht in Halle a. S. zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden.

* Das belgische Ministerium ist gebildet: Präsidium und Inneres de Trooz, Finanzen Liebaert, Justiz Renkin, Eisenbahnen Hellepatte, Industrie Huber, Kunst und Wissenschaft Descamps, Krieg Hellebant, Auswärtige Angelegenheiten d'Avignon, Oeffentliche Arbeiten Delbeke.

* Die russische Regierung beschloß die Legung eines zweiten Gleises der sibirischen Bahn.

Zur Frage der Reichssteuern.

Man soll keinen schlafenden Tiger wecken! Richtig! Aber der Tiger des Reichssteuerwesens schläft sicherlich nicht. Er hält sich nur klug niedergeduckt, weil es ihm nicht ratsam erscheint, sich garzeit schon wieder sehen zu lassen. Doch daß er wieder aufspringen wird, ist ganz sicher. Denn die einzige Finanzpolitik, die uns vor ihm bewahren könnte, die der Sparsamkeit, hat man immer noch nicht gelernt. Man wünscht sie auch gar nicht anzuwenden, denn eben die finanzielle Klemme hält die Regierung in Abhängigkeit von den Parteien der Rechten. Wenn die Regierung nicht mehr so einseitig agrarische Politik treiben will, wie die Konservativen verlangen, so hängt man ihr den Brotkorb höher. Die Regierung hat das Fürchten vor dem Bunde der Landwirte gründlich gelernt. Nun muß man auch weiter sagen, daß unvermeidbare Ausgabenerhöhungen hinzugekommen sind und ferner hinzukommen; namentlich die Erhöhung des Gehalts der Unterbeamten.

Die 1906 auferlegten Steuern haben den angeschlagenen Ertrag bei weitem nicht erreicht. Erbschafts- und Tantiemesteuern lassen sich noch nicht übersehen. Aber die Fahrkartenstempel- und die Zigarettensteuer sind weit hinter der Annahme zurückgeblieben. Der Fahrkartenstempel hat obendrein die sehr üble Wirkung gehabt, das reisende Publikum zu veranlassen, in Menge eine niedrigere Fahrklasse zu benutzen. Diejenigen, die das tun, sparen sogar weit mehr als den Stempel. Aber sie sparen ihn auf Kosten der Eisenbahnen. Und da diese zu weitaus größten Teil im Besitz der Einzelstaaten sind, so verschlechtert sich dadurch die Finanzlage Preußens, Sachsens, Bayerns usw. Glücklicherweise ist diejenige Preußens gut genug, so daß hieraus nicht gerade eine Kalamität entsteht. Allein das Loch in den Reichsfinanzen ist doch da und die meisten Bundesstaaten jammern, sie hätten keine Mittel, um den hohen Matrikularumlagen zu begegnen.

Die hauptsächlichste Lehre aus dem Fehlschlagen der Fahrkartensteuer scheint nicht gezogen zu werden. Sie besteht darin, daß man der Elastizität der Steuerkraft der Nation zu viel zugemutet hat. Immer und immer wieder hat man neue Lasten auferlegt, als ob es nur auf die Technik des Aderlasses ankäme und nicht auf die Menge Blut, die der Mensch in seinen Adern hat. Wohl hat sich das Einkommen vieler Schichten gehoben. Man darf nur nicht vergessen, daß die Ausgaben ebenfalls gewachsen sind, so daß die Bilanz die gleiche ist. Der Staat wie auch die Parteien können das gar nicht leugnen. Der Staat begehrt für seine Beamten Gehaltszulagen, weil alle Lebenskosten so gewachsen seien, daß sie mit den Einnahmen nicht mehr auskommen könnten. Und die Parteien erkennen das so freimütig an, daß sie die Regierung und sich untereinander zu überbieten suchen. Ebenso wie den Beamten geht es vielen anderen Ständen. Wenn sie, z. B. Lohnarbeiter, auch bereits im Besitz von Einkommenverbesserungen sind, so sehen sie sich auch erhöhten gestiegenen Ausgaben gegenüber, namentlich solchen für Fleisch und Wohnungen; auch für Steuern. Die Landwirtschaft hat die bedeutendsten Einnahmeverbesserungen erzielt. Wohl kann sie daraus die erhöhten Gesindelöhne bezahlen. Wenn es aber ans Steuerzahlen geht, so ist sie stets die erste, die sich renomen meldet. Regierung und Reichstag sind dann einverstanden, daß als neue Steuern nur solche in Betracht kommen dürfen, die an den Landwirten möglichst vollständig vorübergehen und am liebsten sogar ihnen noch Einnahmen in den Schoß werfen, wie Zölle auf notwendige Lebensmittel.

Die Großindustrie und der Handel haben gute Jahre gehabt. Die Konjunktur ist günstig gewesen. Der Kleinhandel hat sichtbaren Vorteil daraus gezogen, daß die Arbeitslöhne gestiegen sind. Denn die Kaufkraft der Massen ist dadurch besser geworden (sei es nun bezüglich der Preise oder bezüglich der Quantitäten) und sie waren besser imstande, das Empfangene sofort bar zu bezahlen. Jetzt deuten alle Anzeichen darauf hin, daß wir am Ende der Periode des Aufschwungs stehen. Den fetten Jahren werden die mageren folgen. Mit Lohnerhöhungen wird es ziemlich vorbei sein. Das Fehlschlagen des großen Kampfes der Hamburger Schauerleute ist ein Anzeichen dafür. Der bereits beginnende Umschlag trifft Unternehmer und Arbeiter. Eine wichtige Klasse hat aus der guten Konjunktur wenig Vorteil ziehen können, namentlich keinen dauernden. Das sind die Handwerker. Sie haben alle Nachteile erfahren, die verteuerten Lebenskosten und die erhöhten Steuern und nicht zum wenigsten die erhöhten Gehilfenlöhne. Sobald die Geschäfte anfangen, schlechter zu gehen, schränken die Leute sich den Handwerkern gegenüber ein. Bei Bäckern und Schustern, bei diesem und jenem sonstigen Gewerbe mag das nicht der Fall sein. Aber man nehme nur einmal Tischler, Maler, Tapezierer, Schneider. Der Kunde, dem es pekuniär gut geht, schreitet leicht zu einer Neuanschaffung. Der, dessen Einnahmen spärlicher rinnen, findet leicht, daß die Möbel wohl noch einige Zeit Dienst tun können, daß die Tapeten noch ein paar Jahre halten müssen und der Rock noch bis zum nächsten Sommer weggehängt werden kann. Solche Entschlüsse kommen um so leichter, wenn man sieht, daß die Nachbarn unter gleichem Zwange stehen. Von alledem ist das Versagen der Fahrkartensteuer eine leise, aber doch mahnende Warnung.

Die Propheten abermaliger Steuererhöhung wollen von alledem nichts wissen. Sie blicken nur auf den noch immer unausgefüllten Abstand zwischen Einnahmen und Ausgaben und auf die einzelstaatlichen Finanzen. Darum schwirren denn auch schon wieder Gerüchte in Menge herum, daß man dem Tabak durch eine Fabrikatsteuer zu Leibe gehen müsse und daß man mit dem Bier endlich einmal gründliche Arbeit machen müsse. Für den Herbst wird eine derartige Kampagne angekündigt.

Dabei erklärt man, der bayerische Herr v. Stengel, der jetzt an der Spitze des Reichsschatzamts steht, habe finanzpolitisch Bankerott gemacht. Und in diesem Punkte stimmen wir mit den Kritikern überein. Herr v. Stengel ist Süddeutscher und als solcher von spezifisch süddeutschen Anschauungen durchdrungen. Dort ist es aller Welt in Fleisch und Blut übergegangen, daß sich das Steuerzahlen für Norddeutschland weit mehr eigne als für die Länder südlich vom Main. Dort trinkt man zwar sehr viel Bier und besteuert es auch, aber den Ertrag behält man für sich allein. Dagegen ist man sehr damit einverstanden, daß solche Waren, die vorzugsweise im Norden verbraucht werden: Kaffee, Tee, fremder Wein (deutscher ist steuerfrei) und fremder Tabak (deutscher ist niedrig besteuert) hohen Abgaben unterliegen. An der Branntweinsteuer war Süddeutschland früher nicht mitbeteiligt. In einer schwer zu rechtfertigenden Großmut gewährte der Norden, wo der Branntweinkonsum sehr hoch ist, dem biertrinkenden Süden eine Gemeinschaft in der Branntweinbesteuerung derart, daß im Süden der Verbrauch als Zweidrittel desjenigen nördlich der Mainlinie angenommen wurde. In Wahrheit ist er vielleicht ein Drittel. Die Steuer auf das andere Drittel fließt Süddeutschland ohne Gegenleistung zu. Daraus haben die süddeutschen Branntweinbrennereien riesige Gewinne realisieren können. Eine große gewerbliche Brennerei in Baden zahlt seitdem doppelte Dividende.

Hier hätte der bayerische Herr v. Stengel anpacken sollen. Das tat er aber nicht. Vielmehr verkündete er immer aufs Neue, daß die Branntweinsteuer bis 1912 ein Noli me tangere sei. Jetzt ist er völlig festgefahren. Eine abermalige Verfolgung des grausam oft gequälten Tabakgewerbes findet im Reichstag auf keiner Seite Anklang. Aehnlich steht es mit der Biersteuer, die außerdem den Süddeutschen nichts nützen würde. Gegen Versuche, abermals den Norden zugunsten des Südens in Kontribution zu nehmen, würde sich diesmal der Norden verdientermaßen auflehnen. Also sind auch wir der Ansicht: Herr v. Stengel ist am Ende seiner Künste.

„Aufstachelung partikularistischer Gefühle."

Eine süddeutsche Zeitung brachte dieser Tage einen längeren leitenden Aufsatz über die Frage der Binnenschiffahrtsabgaben, in dem ausgeführt war, daß man bei aller, für den Südwesten des Reiches berechtigten Gegnerschaft sich doch hüten müsse, „unlautere Mittel" im Kampfe anzuwenden. Ein solches Mittel sei es aber auch, wenn man südlich der Mainlinie das Bestreben der preußischen Regierung, Binnenschiffahrtsabgaben einzuführen, als eine „preußische Vergewaltigung" hinstelle und hiergegen „partikularistische Gefühle aufstachele".

So richtig der hier zum Ausdruck gebrachte Grundgedanke ist, erscheint es doch erwünscht, einmal klarzustellen, daß nicht die süddeutschen Staaten es sind, denen die Schuld zufällt, wenn bei der Behandlung dieser Frage wieder einmal partikularistische Gefühle neu belebt werden. Selbstverständlich ist es das volle Recht der preußischen Regierung, für die Einführung einer Maßnahme einzutreten, die sie für zweckmäßig und berechtigt hält. Wogegen man sich aber mit aller Entschiedenheit wenden muß, das ist die Art und Weise, wie Preußen sein Ziel zu erreichen versucht.

Der „Arbeitsausschuß der Rheinschiffahrts-Interessenten betreffs Binnenschiffahrtsabgaben" hat kürzlich gerade ein unseres Wissens in der Oeffentlichkeit bisher noch nicht weiter bekannt gewordenes Exposé veröffentlicht, worin er die von der preußischen Regierung eingeschlagene Politik durch Festnagelung bestimmter Tatsachen in dieser Hinsicht kennzeichnet. Diesem Exposé entnehmen wir folgende Erinnerungen:

Am 10. Dezember 1903 erklärte noch der Reichskanzler im Reichstage:

„Nach der ganzen Entstehungsgeschichte des Artikels 54 der Reichsverfassung kann es keinem Zweifel unterliegen, daß durch diese Verfassungsbestimmung das Recht der einzelnen Staaten beseitigt werden sollte, auf den deutschen Strömen lediglich für Befahrung derselben irgend welche Abgaben zu erheben . . ." und sprach von einer „Streitfrage, welche durch die deutsche Reichsverfassung dem Gebiete der Reichsgesetzgebung vorbehalte" ist.

Genau zwei Monate später schon, am 9. Februar 1904, erklärte in der Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses der Minister der öffentlichen Arbeiten über den Paragraphen 54:

„Es liegt nach der Auffassung der Königl. Staatsregierung durchaus im Rahmen jenes Grundsatzes, auch auf den natürlichen Wasserläufen für die Benutzung der erst künstlich geschaffenen Fahrtiefe Gebühren zur Deckung der für deren Herstellung und Unterhaltung aufgewendeten Kosten zu erheben."

Nach dieser schnellen und grundsätzlichen Bekehrung begann nun die preußische Regierung das Spiel mit der „wissenschaftlichen Interpretation" des fatalen Artikels 54. Es wurde getan, als ob seine Auslegung in diesem oder jenem Sinne eine wissenschaftliche Streitfrage sei. So hieß es noch in einem offenbar aus dem preußischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten stammenden Artikel der „Köln. Ztg." über „Die Schiffahrtsabgaben" vom 10. Dezember v. J.:

„Ueber den Rechtsinhalt des Artikels 54 bestehen bekanntlich verschiedene Ansichten . . . offenbar handelt es sich hier um eine sehr schwierige und komplizierte Rechtsfrage . . . . Derartige Fragen werden aber vom Bundesrate mit einfacher Stimmenmehrheit entschieden. Sie brauchen an sich den Reichstag nicht zu beschäftigen."

In Wahrheit ist aber diese Frage nie eine wissenschaftliche Streitfrage gewesen, wenn man nämlich unter einer wissenschaftlichen Streitfrage die Verschiedenheit freier Gelehrtenmeinungen versteht. Die oben vom Minister der öffentlichen Arbeiten gegebene Auslegung ist vielmehr eine ganz einseitige, gewaltsame, ausschließlich von der preußischen Regierung aufgestellte Konjektur, während die gesamte freie Wissenschaft, an ihrer Spitze so namhafte Staatsrechtler wie Löning, Rehm, Otto Mayer und Laband, sich mit aller Entschiedenheit gegen diese Auslegung wehrten, „die zwar im wissenschaftlichen Gewand auftritt, jedoch öffentlich ein bestimmtes politisches Ziel im Auge hat", nämlich das, die Frage zugunsten Preußens durch einen einfachen Mehrheitsbeschluß des Bundesrates erledigen zu lassen.

Als Beispiel für die „wissenschaftliche" Streitführung, über die wir schon vor Monaten einen Aufsatz von berufener Seite veröffentlicht haben, sei nur eine Stelle aus dem Buch des Herrn Geheimrat Peters über die Schiffahrtsabgaben (S. 302) zitiert. Dort heißt es unter Berufung auf ein Verhandlungsprotokoll aus dem preußischen Archiv:

„Nun waren zwar die Binnenzölle . . . . beseitigt, der preußische Unterhändler für den Abschluß der Rheinschiffahrtsakte erklärte aber . . . . „die deutschen Staaten hätten auf diese Zölle keineswegs ohne weiteres verzichtet", wenn sie auch deren Erhebung eingestellt hätten."

Die betreffende Protokollstelle lautet aber, wie Otto Mayer festgestellt, wörtlich wie folgt:

„Daß die Rheinschiffahrtsabgaben, — deren Erhebung, wie er beiläufig bemerken wolle, ... zwar eingestellt worden sei, auf die die deutschen Staaten keineswegs ohne weiteres verzichtet hätten, — künftig definitiv aufgehoben werden sollen, sei auch in dem vorliegenden Entwurfe anerkannt."

Ob man eine derartige „Interpretation" diplomatischer Dokumente in Gelehrtenkreisen wohl als „wissenschaftlich" anerkennen würde?

Ferner: Ein Grundstein der Reichsverfassung ist, daß die Handels- und Zollpolitik Reichssache ist. Hat die preußische Regierung aber eine Tarifautonomie auf Binnenwasserstraßen erreicht, so kann sie mit deren Hilfe die Reichszollpolitik autonom in schutzzöllnerischer Richtung korrigieren. Daß dies auch mit ihre geheime Absicht ist, geht deutlich genug hervor aus der Denkschrift zu dem mit Bayern usw. abgeschlossenen Mainkanalisierungsvertrag. Darin heißt es:

„Die Schiffahrtsabgaben . . . . werden den Regierungen durch die Handhabe der Tarifbildung einen gewissen vom Standpunkte der deutschen Verkehrspolitik wünschenswerten Einfluß auf die künftige Entwickelung der Güterbewegung auf der Wasserstraße ermöglichen."

Nun halte man letztens noch dazu die Art und Weise, wie die preußische Regierung an den Hintertüren der Bundesregierungen herumschleicht und versucht, sie durch Gewährung wirtschaftlicher oder finanzieller Sondervorteile für einen Verzicht auf die Geltendmachung der ihnen laut Reichsverfassung und internationaler Verträge zustehenden Rechte zu gewinnen, und dann beantworte man sich objektiv die Frage: Wer ist der partikularistische Störenfried, die Gegner der Schiffahrtsabgaben oder — Preußen?

Epilog zum Prager Kaiser-Besuch.

Aus Wien wird uns von unserem F.-Korrespondenten geschrieben: Die Kaisertage auf dem herrlichen Hradschin zu Prag sind verrauscht, der Monarch ist wieder in Wien eingetroffen. Wir sagten: die Kaisertage; denn es gab manche Stimmen, die in den letzten zwei Wochen von Königstagen sprachen, die dem Aufenthalte Kaiser Franz Josef I. in der Hauptstadt Böhmens ein wenig staatsrechtlichen Charakter, etwas vom romantischen Glanze der Wenzelskrone spenden wollten, als wäre die Reise des Monarchen und dessen séjour in Prag die erste Etappe zur Königskrönung auf dem Wenzelsplatze, ein Vorspiel für die Wiederholung des Aktes, der sich 1867 in der ungarischen Hauptstadt, in Pest, ebenso pompös wie bedeutsam für die Geschicke der alten habsburgischen Monarchie ereignet hat. Wir sagten: Kaisertage, denn das Abschiedswort, das in Prag fiel, das Handschreiben Franz Josefs I. an den Statthalter von Böhmen, konnte nicht vom Throne des heiligen Wenzel erlassen werden, es ist auf der hohen Warte des Reiches erdacht, verfaßt und herausgegeben. Es ist ein Appell an Deutsche und Tschechen in sonoren und ergreifenden Akzenten zugleich, den nationalen Frieden zu schließen — klingt das aus dem Herzen und aus dem politischen Ehrgeize des Tschechen heraus? Gewiß nicht! Wird dieser Appell die jubelnde Zustimmung der Deutschen in Böhmen finden, die unter den Angriffen der Tschechen leiden, die die tschechische Faust immer wieder zu spüren bekommen? Nein, diese Mahnung, diese Proklamation, dieser, wie der Kaiser selbst sagt, dieser sein Herzenswunsch ist ein desiderium imperii. Von den Zinnen des Kaiserturms Oesterreich erschallt der Ruf, und will man ihn gerecht beurteilen, muß man diesen Ursprungsort in Rechnung stellen. Da aber in der Politik die Stimme der Mäßigung und die Stimme der Gerechtigkeit nur selten die herrschende ist, kann man heute schon von einem pium desiderium sprechen, und man tut den Deutschen in Böhmen nicht Unrecht, wenn man es beklagt, daß die Aussichten auf einen nationalen Frieden in Böhmen, so wünschenswert, so notwendig er ist, äußerst gering sind; denn wer in aller Welt opfert seine vitalsten Interessen dem Staatsinteresse? Nicht ohne tiefen, vollauf berechtigten Grund hat Corneri, der Philosoph als Abgeordneter seinerzeit ausgerufen: „Armes Oesterreich!" Es ist wirklich und wahrhaftig ein Jammer, die österreichische Politik. Das Natürliche wird Unnatur. Mit aller Kraft, mit bewundernswerten Eifer haben die Deutschen in Oesterreich, im Dienste der ökonomischen Entwickelung und der Kultur, sich zu den stärksten Steuerzahlern im Reiche emporgearbeitet; sie wollten diesen Rang im politischen Leben opfern, um den Postulate der staatsbürgerlichen Gleichheit auf dem Gebiete des Wahlrechts gerecht zu werden. Und wie sollen sie nun den nationalen Frieden herbeiführen helfen, da sie in der Minorität sind, und ihr Entgegenkommen sofort als Schwäche bezeichnet würde? Daher kommt es ja auch, daß der nationale Friede in Böhmen als Notwendigkeit anerkannt ist, als richtige Idee über jeden Zweifel erhaben dasteht, daß aber niemand die Form noch ersonnen hat, in der er verkörpert werden könnte. Die nationale Autonomie, die sich in der Zweiteilung des Landeskulturrates, des Landesschulrates, der Universität, der modernen Galerie bewährt hat, stößt auf die größten Schwierigkeiten, dort, wo sie ihren Wert erweisen soll, auf dem Gebiete der politischen Verwaltung; abgesehen davon, daß die Tschechen sie ablehnen, sie eben nur dort gelten lassen wollen, wo sie existiert, ihrem staatsrechtlichen Programme nicht Abbruch tut. Es war daher äußerst klug, daß der österreichische Ministerpräsident, Baron Beck, als er nach Prag kam, in Abrede stellte, daß er deutsch-tschechische Ausgleichskonferenzen plane. Der Kaiser kann als Kaiser Friedensworte sprechen, eine Thronrede halten; das praktische Regierungsprogramm hat dann erst die Pflicht, die Verwirklichung dieses Programms in Angriff zu nehmen. Gelingt es nicht, ist das Regime nicht engagiert. Und jetzt, während der Wahlkampagne, jetzt, da volle Ungewißheit, volle Unklarheit herrscht, wie das neue Parlament, das auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts erkorene Volkshaus, sich präsentieren wird, in welcher Stärke die Parteien aufmarschieren, wie sie sich gruppieren werden, und welches Programm das führende sein wird, ist kein Platz, kein Raum, keine Zeit für Friedensimportationen in Böhmen. So gerechtfertigt, so nötig sie auch wären! So ergreifend die Worte des Kaisers auch klingen, als Mahnung eines alten, gütigen, erfahrenen Monarchen!

Deutsches Reich.

Leipzig, 3. Mai.

* **Der Kaiser.** Der Kaiser, der gestern morgen kurz nach 6 Uhr im Automobil das Schloß verlassen hatte, traf gegen 7 Uhr auf dem Truppenübungsplatz Döberitz ein und besichtigte die drei Bataillone des 1. Garde-Regiments zu Fuß und das Lehr-Infanterie-Bataillon. Hieran schloß sich eine größere Gefechtsübung unter Hinzuziehung anderer Waffengattungen und ein Parademarsch der Bataillone. Hierauf nahm der Kaiser den Parademarsch ab und nahm die Rapporte der Leib-Regimenter und militärische Meldungen entgegen. Der Kaiser traf um 2 Uhr von Döberitz im Automobil in Potsdam ein.

* **v. Aehrenthal.** Der „Norddeutschen Allgem. Ztg." zufolge stattete der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern, Frhr. v. Aehrenthal, gestern vormittag dem Reichskanzler abermals einen Besuch ab. — Da die prinzipielle Stellungnahme beider Mächte zu den Hauptfragen der Haager Konferenz schon früher vereinbart war, hat, wie verlautet, die gestrige Konferenz der beiden Staatsmänner sich nur um die Frage gedreht, wie die Vertreter der Bündnismächte im Haag sich in taktischer Hinsicht verhalten sollen. — Wie die „N. Fr. Pr." meldet, wird Freiherr v. Aehrenthal während der italienischen Parlamentsferien in Racconigi von König Viktor Emanuel empfangen werden und sich von dort zu einer Zusammenkunft mit Minister Tittoni auf dessen Landgut bei Desio begeben.

* **Budgetkommission.** Die Budgetkommission des Reichstages nahm den Etat „Expedition nach Ostasien" an. Auf eine Anfrage, wann das in Ostasien belassene Detachement zurückgezogen werden könne, wird von Regierungsseite geantwortet, die Aufgabe des Detachements, nämlich Schutz der Gesandtschaft, der in China befindlichen Deutschen und der in Betracht kommenden Wege, sei noch nicht erledigt. Bei der nun folgenden Beratung der Zölle, Steuern und Gebühren empfiehlt der Schatzsekretär Vorsicht in der Schätzung der Einnahmen aus den Zöllen. Frhr. v. Stengel hebt hervor, daß die neuen Steuern der letzten Finanzreform teilweise

SLUB
Wir führen Wissen.